

Stadtverwaltung Cottbus · Postfach 101235 · 03012 Cottbus

Fraktion der AfD Cottbus Erich-Kästner-Platz 1 03046 Cottbus STADT COTTBUS CHÓŚEBUZ

DER OBERBÜRGERMEISTER WUŠY ŠOŁTA

Datum 28.03.2018

Ihre Anfrage vom 14.03.2018 an die Stadtverordnetenversammlung am 28.03.2018

Thema: Kostenerstattung - Altanschließerproblematik

Sehr geehrte Frau Spring-Räumschüssel,

Ihre Anfrage vom 14.03.2018 an die Stadtverordnetenversammlung am 28.03.2018 wurde mir zur Beantwortung übergeben.

Sie führen aus, dass die Stadt Cottbus Personal einstellen musste zum einen für das Erstellen der Bescheide und zum anderen für die Abwicklung der Bescheide. Sie gehen davon aus, dass die Stadt Cottbus die Kosten für den Personaleinsatz vom Land erstattet bekommen müsste. Insofern stellen Sie folgende Frage:

"Wie ist die Rechtslage und welche Chancen hat die Stadt, diese Kosten vom Land erstattet zu bekommen?"

Antwort:

Das Land Brandenburg hat mit der "Richtlinie des Ministeriums des Innern und für Kommunales zur Unterstützung kommunaler Aufgabenträger der Siedlungswasserwirtschaft für bei der Umsetzung der Entscheidung des BVerfG vom 12.11.2015 angefallene Verwaltungskosten"; zuletzt geändert am 07. Dezember 2017 eine Grundlage geschaffen, einen Teil der Verwaltungskosten, die den Aufgabenträgern bei der Umsetzung der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung entstehen, durch das Land anteilig über die ILB zu erstatten.

Das Land Brandenburg gewährt auf der Grundlage des § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) nach der Maßgabe dieser Richtlinie sowie der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO Zuwendungen zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14). Ziel der Zuwendung ist es, die kommunalen Aufgabenträger bei der Tragung der im Rahmen der Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 anfallenden Verwaltungskosten zu unterstützen. Dadurch soll die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Daseinsvorsorgeaufgaben im Bereich der

Geschäftsbereich für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Bürgerservice

Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Karl-Marx-Straße 67 03044 Cottbus

Zeichen Ihres Schreibens

Sprechzeiten

Ansprechpartner/-in

Zimmer

Mein Zeichen

Telefon 0355

Fax 0355

Stadtverwaltung Cottbus Neumarkt 5 03046 Cottbus

Konto der Stadtkasse Sparkasse Spree-Neiße IBAN: DE06 1805 0000 3302 0000 21 BIC: WELADED1CBN

www.cottbus.de

...

Siedlungswasserwirtschaft (öffentliche Wasserversorgung/Abwasserbeseitigung/Schmutzwasserbeseitigung) gewährleistet bleiben.

Gefördert werden Verwaltungskosten im Sinne von zusätzlichen, nicht benutzungsgebührenfähigen Personalkosten, Sachkosten, Rechtsverfolgungskosten und Kosten für die Einschaltung Dritter (z. B. für Gutachten und Rechtsberatung), die einem Aufgabenträger bei der Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 (1BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14) frühestens ab dem 17.12.2015 entstanden sind und entstehen werden.

Diese Förderung erfolgt in Form einer Festbetragsfinanzierung über Pauschalbeträge und diese betragen bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Kosten (max. 200.000 EUR). Die Richtlinie gilt bis zum 31. Dezember 2018.

Die Stadt Cottbus wird von dieser Möglichkeit der Förderung Gebrauch machen und einen Antrag auf Zuwendung nach dieser Richtlinie über die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde an die Bewilligungsbehörde richten.

Weiterhin hat sich die Stadt Cottbus im Rahmen einer Verfahrensverständigung mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) mit Schreiben vom 08.09.2017 einem Leitverfahren angeschlossen, in welchem die Haftung des Landes für die nach dem Beschluss vom 12. November 2015 rechtswidrige Beitragserhebung nach dem Staatshaftungsgesetz geklärt werden soll. Daraufhin erklärte das MIK mit Schreiben vom 27.10.2017, die Anschlusserklärung anzunehmen und den Verzicht auf Erhebung der Einrede der Verjährung bis vier Wochen nach Eintritt der Rechtskraft in dem Leitverfahren.

Die Entscheidung zu diesem Leitverfahren gilt es nun abzuwarten.

Sehr geehrte Frau Spring-Räumschüssel,

hinsichtlich der Rechtslage und der Chancen möchten wir keine Aussage treffen. Dies bleibt den jeweiligen Landgerichten oder ggf. Oberlandesgericht vorbehalten.

Freundliche Grüße Im Auftrag

Thomas Bergner Dezernent